Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

Bürgerbeteiligung ist ein weites Feld mit einer Vielzahl von Formen und Möglichkeiten. Die Antwort der Großen Anfrage gibt einen Eindruck von dieser Bandbreite. Mein lieber Kollege Herr Weigelt hat auch schon einige genannt und vieles werden Sie wahrscheinlich auch selber kennen. Wir stehen hier also nicht am Anfang.

Wie geht aber nun weiter? Der Senat bekennt sie klar zu dem Ziel, Bürgerbeteiligung auszubauen. Wie gelingt das am besten?

Aus gemachten Erfahrungen mit Beteiligungsprozessen können wir lernen. Was hat bei dem einen Beteiligungsprozess zur Zufriedenheit geführt und warum hat es bei einem anderen gehakt? Dadurch können grundlegende Faktoren abgeleitet werden, die z.B. in einem Best-Pracitice Leitfaden, zum Erfolg zukünftiger Projekte beitragen. Auch müssen Grundsätze entwickelt werden, wie bei jedem Planungsvorhaben geprüft wird, ob und in welche Form eine Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger stattfinden könnte, so steht es im Koalitionsvertrag. Dies sagt uns der Senat für diese Legislaturperiode zu.

Ein insgesamt standardisiertes Vorgehen in diesem Bereich sehen wir Grüne als schwierig an. Bei jeder Planung muss immer wieder neu geschaut werden, wer soll wie beteiligt werden und welche Methoden sind dafür geeignet. So braucht ein Jugendlicher etwas anderes als eine Hafenmitarbeiterin und eine Schulkonzeption, etwas anderes als ein Verkehrsentwicklungsplan.

Genauso schwierig ist es zusagen, wann eine Beteiligung stattfinden soll. Wir teilen die Auffassung des Senats, dass pauschale „Grenzwerte“ uns nicht weiterhelfen würden. So kann z.B. der Bau eines großen Wohnkomplexes völlig unumstritten sein, während die reine Umnutzung eines Platzes eine Protestwelle auslöst. Es hängt nicht immer von der Größenordnung oder dem Geld ab. Dieses sich noch stark entwickelnde Feld sollte nicht von bürokratischen Strukturen eingeengt werden.

Trotzdem sollten wir Überlegungen anstellen, wie wir sicherstellen können, dass überall dort wo Beteiligung gewünscht wird, sie auch stattfinden kann. Im Moment kann Bürgerbeteiligung über den gesetzlichen Rahmen hinaus nur von Seiten der Gremien und der Verwaltung initiiert werden. Aber was ist, wenn Bürgerinnen und Bürger einen Beteiligungsprozess einfordern? Wann wird dem stattgegeben und wann nicht? Eine noch offene Frage, für die es sich lohnt Konzepte zu entwickeln.

Ein weiterer zentraler Punkt ist die Beteiligungskultur. Der Senat beschreibt es in seiner Antwort mit einer zunehmenden Sensibilisierung für Anlässe und Notwendigkeiten für Bürgerbeteiligung. Denn Bürgerbeteiligung, meine Damen und Herren, muss als Chance und nicht als notwendiges Übel begriffen werden!

Der Kinder- und Jugendbereich ist ein schönes Beispiel, wie grundlegend umgedacht werden kann. Orte und Räume für Kinder- und Jugendliche werden dort mit ihnen gemeinsam um- oder neugeplant. Denn die Kinder wissen doch selbst am besten, was auf dem Spielplatz angesagt ist. Aber auch da dürfen wir uns nicht aus der Verantwortung ziehen und müssen immer wieder dafür Sorge tragen, dass alle Gruppierungen gleichermaßen integriert werden.

Bei dem Thema Bürgerbeteiligung sind die Beiräte von zentraler Bedeutung, denn sie sind vor Ort. Beiratsbeteiligung ist aber nicht gleich Bürgerbeteiligung. In Gesprächen mit unseren Grünen Beiräten wurde deutlich, dass sie sich als ein Teil der Politik verstehen. Sie sind gewählte Vertreterinnen und Vertreter mit umfangreichen Aufgaben. Im Beirätegesetz werden die Beiräte aufgefordert aktiv Bürgerbeteiligung zu fördern. Wir dürfen aber diese Aufgabe nicht auf die Beiräte abwälzen und wir sollten sie damit auch nicht alleine lassen, sondern sie dabei unterstützen.

Nicht nur stehen wir stehen vor der Herausforderung dem gestiegenem Beteiligungsbedürfnis gerecht zu werden. In einigem sind wir in Bremen sehr weit, es gibt aber auch Ansätze aus anderen Bundesländern von denen wir noch lernen können. Aber Patenlösungen gibt es nicht. Wer Bürgerbeteiligung will muss zunächst gut zuhören und gemeinsam mit den Beteiligten neue Strukturen entwickeln.

Was wir aus Sicht der Grünen Fraktion zusammenfassend tun können, um Schritt für Schritt noch mehr Bürgerstadt zu werden. Wir sollten

die gemachten Erfahrungen nutzen und uns auch über Themenbereich hinweg austauschen. Wir müssen aktiv eine offene Beteiligungskultur pflegen und die Beiräte bei der Förderung von Bürgerbeteiligung unterstützen. Außerdem müssen wir eine gute Balance zwischen Verlässlichkeit und flexiblen Spielraum für Beteiligungsverfahren finden und mit einer Portion Mut immer wieder gemeinsam neues ausprobieren und entwickeln.